KULTUR STÄRKEN

KULTUR FORUM
DER SOZIALDEMOKRATIE

Wer es vorher noch nicht wusste, hat spätestens während der Monate der Corona-Pandemie schmerzhaft gemerkt, wie sehr wir auf das Schöne, Anregende und die Widersprüche, die uns Kunst und Kultur bieten, angewiesen sind. Wir leben nicht vom Brot allein, wir brauchen die Begegnung mit anderen, wollen teilhaben am gesellschaftlichen Leben und benötigen Orte, die das gemeinsame Kunsterlebnis ermöglichen.

Auch deswegen habe ich in der Bundesregierung mit dafür gesorgt, dass mit NEUSTART KULTUR und dem Sonderfonds für Kulturveranstaltungen milliardenschwere Programme zur Unterstützung von Kunst und Kultur auf den Weg gebracht werden konnten.

Die Bundestagswahl im September stellt die Weichen für die Zeit nach der Pandemie und zugleich für das kommende Jahrzehnt. Ich möchte nach der Wahl eine moderne Regierung anführen, die neuen Schwung auch in die Kulturpolitik bringt. Es geht um die unbedingte Freiheit der Kunst und Kultur, eine bessere soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler, mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit.

Letztlich haben fast alle Fragen, die uns aktuell politisch umtreiben, auch eine starke kulturelle Dimension: Wir brauchen mehr Respekt für die verschiedenen Lebensentwürfe. Die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft erfüllt mich mit Sorge. Ich werde meine ganze Kraft dafür einsetzen, dass wir diese Tendenz umkehren. Mein Leitbild ist eine Gesellschaft des Respekts. Jeder Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand zählt. Unabhängig vom Status oder der Herkunft des oder der Einzelnen.

Künstlerinnen und Künstler, die Kultur- und Kreativbranche insgesamt, sind wichtige Impulsgeber für Veränderungen, die unser Land braucht, um auch in Zukunft lebenswert, sozial und vielfältig zu sein. Als Bundeskanzler möchte ich mit Ihnen im Austausch bleiben. In dieser Broschüre finden Sie einige unserer Ideen für eine Zukunftsregierung unter Führung der SPD.

OLAF SCHOLZ

CARSTEN BROSDA

„Im Zweifel für die Freiheit“ – diese Losung Willy Brandts leitet bis heute die Kulturpolitik der SPD. Dabei ist das Verhältnis von Kunst und Politik schon immer prekär gewesen: Wo die Politik nach allgemeinverbindlichen Regeln strebt und Pläne zur Verbesserung der Verhältnisse schmiedet, pocht die Kunst auf ihre unbedingte Freiheit, nichts zu müssen. Was beide einen kann, ist das Streben nach Sinn. Politik und Kunst können gesellschaftliche Räume öffnen, in denen wir das uns Gemeinsame, das Öffentliche, das uns alle Betreffende verhandeln. Zusammenhalt steht dabei im Zentrum des Politischen, Zusammenhang kann ein Ergebnis künstlerischer Interventionen sein.

Wie sehr Kunst und Kultur darauf angewiesen sind, dass wir politisch das Richtige tun, ist zuletzt in der Corona-Pandemie schmerzhaft deutlich geworden. Der Verlust künstlerischer Interventionen und kultureller Räume ist nicht nur ein Schlag für viele Künstler*innen gewesen, sondern hat auch unsere Gesellschaft hart getroffen. Er stellt große Anforderungen – mit Blick auf den Erhalt der Infrastrukturen und der kulturellen Fördermöglichkeiten ebenso wie hinsichtlich einer besseren sozialen Absicherung von Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen.

Doch die Renaissance der Kulturpolitik hat schon vor der Pandemie begonnen. Seit gut einer Dekade wirken politische Debatten und Konflikte zunehmend bis an die Sinnebene unserer Gesellschaft heran. Angriffe von Rechts auf die Kunstfreiheit, der Umgang mit Vielfalt in unseren kulturellen Lebenswelten oder die prekären Verhältnisse der Kunstproduktion sind nur drei Beispiele für Aufgabenfelder der Zukunft. Die Forderung nach „Kultur für alle“ ist aktuell wie eh und je. Sie ist und bleibt Teil des Wertefundaments der Sozialdemokratie als kultureller Bewegung.

Welche Perspektiven für Kunst und Kultur sich daraus ergeben können, zeigt der Beschluss des SPD-Parteivorstandes, den das Kulturforum der Sozialdemokratie intensiv vorbereitet hat. Kulturpolitik ist für uns immer auch Gesellschaftspolitik. Wir wollen eine neuerliche Verständigung darüber, wie wir die Freiheit der Kunst besser sichern und für alle erreichbar machen können. Das ist gelebte Aufklärung.

CORONAKRISE

01

Die Corona-Krise bewältigen und neue Impulse geben

Viele Fragen, die uns gesellschaftlich derzeit bewegen, sind im Kern kulturelle Fragen. Kulturpolitik ist für uns daher Gesellschaftspolitik. Sie nimmt Kunst und Kultur als gesellschaftliche und ästhetische Arbeit am Sinn unseres Zusammenlebens ernst und versteht die Angebote von kulturellen Institutionen und Künstler*innen als öffentlichen Raum, in dem die Werte unserer Gesellschaft verhandelt werden. Sozialdemokratische Kulturpolitik ist werteorientiert. Sie sichert die Bedingungen der unbedingten Freiheit von Kunst und Kultur.

Diese Freiheit wird zunehmend unter Druck gesetzt. Wir bieten den Künstler*innen und Kreativen ein kulturelles Bündnis an, das einerseits die Kunst und die Vielfalt künstlerischen Arbeitens schützt und andererseits die Strukturen und Räume kultureller Produktion sichert und weiterentwickelt.

KULTUR ALS STAATSZIEL IM GRUNDGESETZ

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Kultur hart getroffen. Künstler*innen und Kreative sind in ihren Arbeitsmöglichkeiten teilweise extrem eingeschränkt. Dem Publikum sind etliche Kulturorte nach wie vor verschlossen. Der gesellschaftliche Verlust ist enorm – wir stehen politisch in der Verantwortung, ihn abzufedern und den Neustart des kulturellen Lebens im Land zu fördern. Das hat nicht nur eine materielle Dimension. Kunst und Kultur sind weit mehr als Freizeitangebote – sie sind konkrete Aufklärung in einer modernen Gesellschaft.

Angesichts der aktuell vielfältigen Veränderungen streben wir einen Aufbruch hin zu einem neuen Kulturkonsens über die Aufgaben und Verfahren der Kulturpolitik an, bei dessen Aushandlung wir die kreativen, kritischen, innovativen und verbindenden Kräfte von Kunst und Kultur zur Grundlage machen wollen. Dazu gehört auch, dass wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern wollen. Die Künste sind eine wesentliche Werte-, Identitäts- und Dialogressource und für den Zusammenhalt in der Demokratie unverzichtbar.

PERSPEKTIVEN

02

Perspektiven der Kulturförderung

Kulturpolitik muss in den kommenden Jahren tiefgreifende Veränderungsprozesse gestalten. Wir müssen es auch angesichts der Corona-Krise schaffen, sowohl die bestehenden und reichhaltigen kulturellen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten als auch die Produktion künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen.

Dazu müssen wir verstärkt die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler*innen in den Blick nehmen. Entscheidend dafür ist die Gesetzgebung des Bundes, die „kulturförderlich“ zu gestalten ist. Die sich verändernden kulturellen Wertschöpfungsketten bedürfen einer zeitgemäßen „kulturellen Ordnungspolitik“, etwa in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht oder Künstlersozialversicherung. Wir wollen eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen.

Kulturelle Infrastrukturen aufrechterhalten und die Produktion künstlerischer und kultureller Inhalte ermöglichen.

Die Kulturstiftung des Bundes und viele Förderfonds haben sich hier als beispielhaft erwiesen, indem sie unter Wahrung der Kunstfreiheit Themen wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Integration sowie Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung mit Kunstproduktion verzahnt und gefördert haben. Wir wollen mit entsprechenden Initiativen die Relevanz von Kunst und Kultur stärken.

FÖD
ERA
LIS
MUS

03

Kooperativer Kulturföderalismus

Kulturpolitik ist vorrangig eine Sache der Länder und Kommunen, in ihrer Hoheit liegt der Großteil all jener Kulturinstitutionen, die das Leben der Menschen vor Ort bestimmen. Aufgabe der Bundeskulturpolitik muss es sein, die Städte und Gemeinden bei diesen Aufgaben zu unterstützen – insbesondere wenn es um den Erhalt der kulturellen Infrastrukturen und des kulturellen Erbes, die Bedingungen künstlerischen Arbeitens und die Freiheit unserer Gesellschaft geht. Wir wollen den kooperativen Kulturföderalismus mit Leben füllen – nicht mit abstrakten Institutionendebatten, sondern mit konkreter und zugewandter Kooperation im Sinne der Kunst.

KULTUR GEMEINSAM STÄRKEN: „ZUKUNFTSDIALOG KULTUR“

Unser Ziel ist es, bundespolitische Kultur-Initiativen besser mit den jeweiligen regionalen Gegebenheiten abzustimmen und nach Möglichkeit so eng zu verzahnen, dass Bund, Länder und Kommunen effektiv gemeinsam statt nebeneinander an der Stärkung der Kultur arbeiten. Wir wollen die kulturpolitischen Spitzengespräche zu einem bundesweiten Kulturplenum weiterentwickeln, in dem neben Kommunen, Ländern und Bund (BKM, AA) auch Kulturakteur*innen und -verbände sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft vertreten sind. Hier soll ein „Zukunftsdialog Kultur“ organisiert werden, in dem Herausforderungen strategisch bearbeitet werden. Wir wollen den Stellenwert der Kultur auch dadurch sichern, dass der Beauftragte für Kultur und Medien im Kanzleramt Ministerrang erhält.

KULTURSTAAT

Zu einer attraktiven Gesellschaft gehört eine vielfältige und lebendige Kunst- und Kultur-Landschaft. Wir können in Deutschland stolz sein auf unsere Theater, unsere Orchester, unsere Museen, unsere Festivals und unsere vielfältige Freie Szene. Es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit in Deutschland Kunst auf höchstem Niveau entstehen kann und Kultureinrichtungen allen Bürger*innen offenstehen. Eine entscheidende Aufgabe wird sein, die Kommunen auch finanziell dauerhaft in die Lage zu versetzen, Kunst und Kultur aus eigener Kraft zu fördern. Wir werden insbesondere die Museen, Theater und soziokulturellen Zentren als Räume für öffentliche Debatten stärken. Auch die Club- und Musikszene gehört für uns zum kulturellen Leben und hat einen Anspruch auf kulturpolitische Unterstützung.

Kulturstaat Deutschland

Wir werden dabei helfen, dass der Kultur die notwendigen Räume gesichert werden können – auch in den Städten und Gemeinden, in denen der Immobilienverwertungsdruck immer weiter zunimmt. Wir werden Programme auflegen, mit denen kulturelle Freiräume sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Räumen gesichert und entwickelt werden können. Wir wollen kreative Räume entwickeln, Zwischennutzungen verbindlicher ermöglichen und die Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit von Kunst im öffentlichen Raum stärken. Wir werden prüfen, inwiefern auch der Bund durch entsprechende rechtliche und fördernde Initiativen bedrohte Kulturräume wie Kinos, Stadtteilzentren oder Musikclubs sichern kann.

DIE KULTURELLEN INFRASTRUKTUREN ÜBERALL STÄRKEN

Wir wollen öffentliche Bibliotheken – ebenso wie soziokulturelle Zentren in den Stadtteilen – als die dringend benötigten und in den Quartieren erreichbaren sog. „dritten Orte“ stärken, die zwischen Arbeitsplatz und eigener Wohnung Begegnung in Gemeinschaft ermöglichen.

Wir wollen die kulturellen Infrastrukturen überall im Land stärken. Die Vielfalt der kulturellen Angebote in den Regionen und gerade auch im ländlichen Raum trägt zur Lebensqualität bei. Hier wird auch die Bundeskulturpolitik weitere Impulse setzen

Wir wollen eine Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erreichen, durch die diese herausragende kulturelle und wissenschaftliche Institution auch in der Organisation und Präsentation dem Weltrang ihrer Sammlungen entspricht. Wir sehen den Bund hier besonders in der Verantwortung, gemeinsam mit den Ländern zügig eine gesamtstaatliche Perspektive zu entwickeln, die nicht nur die Infrastrukturen, sondern v.a. den Betrieb der Stiftung in den Blick nimmt.

Wir werden den Erhalt jener baukulturellen Zeugnisse sicherstellen, die viel zur Identität regionaler Strukturen beitragen. Die Förderung des Denkmalschutzes und die Stärkung der Stiftung Denkmalschutz sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass gebaute Heimaten erhalten bleiben können. Hierbei bedarf insbesondere die Förderung der Industriekultur einer Neubestimmung. Der Erhalt und die Umnutzung von industriekulturellen Stätten bedarf eines verstärkten (inter-)nationalen Austausches und einer gezielten Förderpolitik. Diese wollen wir als Bundesaufgabe institutionalisieren, vor allem mit Blick auf die (bisher sieben) industriellen Welterbe-Stätten.

WIRTSCHAFT

05

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zu den umsatz- und beschäftigungsstärksten Bereichen unserer Volkswirtschaft. Deshalb gehören ihre Belange für uns auch in den kulturpolitischen Blick. Sie brauchen ebenso wie die Kultur insgesamt eine eindeutige Verankerung auch auf der Bundesebene. Es gibt herausragende Kunst, die ohne staatliche Förderung zustande kommt. Damit das so bleibt, wollen wir ihre wirtschaftlichen Förder*innen unterstützen. Wir werden uns daher auch um die entsprechenden Kulturmärkte zum Beispiel in Literatur, Kunsthandel und Musik kümmern, ordnungspolitische Initiativen ergreifen und Marktrahmenbedingungen gerade angesichts der Digitalisierungsumbrüche so gestalten, dass kulturwirtschaftlich inhaltebezogene Geschäfts- und Erlösmodelle gestärkt werden. Dort, wo zunehmendes Marktversagen festzustellen ist – wie beispielsweise bei den kleineren Literaturverlagen – werden wir gezielte Förderinstrumente entwickeln, um kulturelle Vielfalt sicherzustellen.

Dazu gehört auch die weitere Stärkung der kreativwirtschaftlichen Festivals für Film (Berlinale), Literatur (Frankfurter und Leipziger Buchmesse) und Musik (Reeperbahnfestival), auf denen sich deutsche Kreativakteur*innen in weltweiten Märkten positionieren können.

„Ansprüche der Urheber*innen und Rechteinhaber*innen auf den Schutz ihres geistigen Eigentums auch in der digitalen Welt durchsetzbar machen.“

Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie werden wir dafür sorgen, dass die in Europa vereinbarte Regelung präzise umgesetzt wird, um die berechtigten Ansprüche der Urheber*innen und Rechteinhaber*innen auf den Schutz ihres geistigen Eigentums auch in der digitalen Welt durchsetzbar zu machen.

Die auf unseren Druck hin eingeführte Förderung von Computerspielen wollen wir dauerhaft verankern und besser mit anderen audiovisuellen Förderungen verzahnen. Computerspiele sind ein Kulturgut.

06

AUSSTRAHLUNG

Film

Der Film ist Teil deutschen Kulturguts und trägt wesentlich zur kulturellen Ausstrahlung Deutschlands in der Welt bei. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Filmschaffende. Wir treten für eine wegweisende Novelle des Filmförderungsgesetzes ein, die die Einnahmebasis sichert, die internationale Ausstrahlung deutscher Filme unterstützt, das Filmerbe bewahrt und die Entscheidungsgremien effizienter ausgestaltet.

Bei der wirtschaftlichen Filmförderung wollen wir die Deutschen Filmförderfonds (DFFF 1+2), und den German Motion Picture Funds unter dem Dach der Filmförderanstalt (FFA) besser verzahnen. Die Abstimmung zwischen den Länderförderungen und der FFA soll verbessert werden. Ziel ist eine Filmförderung „aus einem Guss“. Das gilt auch für die Förderung künstlerisch herausragender Filme.

Wir treten für eine wegweisende Novelle des Filmförderungsgesetzes ein.

Mit dem Ausfallfonds wurde ein Mittel geschaffen, um auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Filmlandschaft zu erhalten. Hieraus werden wir Lehren für die Zukunft ziehen.

Im Steuersystem wollen wir die Rahmenbedingungen für internationale Ko-Produktionen erhalten. Wir sehen zudem die Sender in der Pflicht ihren Beitrag für gute Produktionsbedingungen zu leisten – sowohl finanziell wie auch im Hinblick auf Vergütungen von Filmschaffenden.

Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten durch die dauerhafte Etablierung der Kinoförderung, welche wir investiv wie auch im Hinblick auf Programme ausgestalten wollen. Eine nachhaltige Finanzierungsbasis ist nötig, um Kinos erfolgreich in die Zukunft zu führen und die regionale Präsenz von Kinos als Kulturorte sicherzustellen.

Streaming-Angebote ebenso wie Medien- und Filmplattformen/-mediatheken verändern die Produktionslandschaft nachhaltig. Der Kultur- und Wirtschaftsraum Europa wird mehr und mehr auf Film und Filmproduktionen wirken. Um Zukunftskonzepte für die Filmförderung unter diesen Rahmenbedingungen zu beraten, werden wir mit der Film-Community einen „Zukunftsdialog deutscher Film“ starten.

SICHERHEIT

07

Soziale Sicherung für Künstler*innen

Künstler*innen müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-, Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele Kulturschaffende und Kultureinrichtungen wie Theater, Kinos, Clubs und die gesamte Veranstaltungswirtschaft in eine existenzielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass Kulturförderung eine auskömmliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler*innen sicherstellt.

WEITERE ÖFFNUNG DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME

Darüber hinausgehend werden wir das System sozialer Sicherung so weiterentwickeln, dass Kulturschaffende und Kreative (und andere Solo-Selbständige wie Kulturvermittler*innen) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns unverhandelbaren Künstlersozialversicherung und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung gegen Einnahmeausfälle offensteht. Ein Angebot der solidarischen Absicherung würde soziale Verwerfungen vermeiden helfen und die Gewährleistung des Existenzminimums durch die Grundsicherung durch eine beitragsfinanzierte Leistung sinnvoll ergänzen. Darüber hinaus werden wir die Regelungen für die oftmals unständig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films und der Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu verbessern.

DIV
ER
SITÄT

08

Kultur für alle

Sozialdemokratische Kulturpolitik erhebt den Anspruch, allen Bürger*innen den Zugang zu Kunst und Kultur, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mitteln zu ermöglichen. Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer Politik. Wir werden uns mit Nachdruck darum kümmern, dass sich die Kultureinrichtungen weiter öffnen können und Bemühungen um ein diversitätsorientiertes Audience Development stärken. Wir werden Barrieren senken – auch materielle Barrieren. Wir wollen darüber hinaus die Vielfalt in den kulturellen Einrichtungen mit gezielten Unterstützungsprogrammen stärken, damit nicht nur die Programme und Angebote divers sind, sondern sich die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Kulturinstitutionen wiederfindet.

Wir wollen die Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: Mehr Frauen sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig honoriert werden. Die Besetzung von Jurys, Gremien, etc. muss quotiert erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen werden kann.

Die Vielfalt in den kulturellen Einrichtungen mit gezielten Unterstützungsprogrammen stärken, damit nicht nur die Programme und Angebote divers sind, sondern sich die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Kulturinstitutionen wiederfindet.

DIG
IT
AL

09

Digitalisierung

Wir brauchen einen Pakt der digitalen kulturellen Teilhabe in Deutschland. Denn die Digitalisierung stellt für den Kulturbereich Herausforderung sowie Chance zugleich dar. Die große Herausforderung besteht insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Durch eine zunehmende Abwanderung von Kultur auf digitale Kanäle geht Wertschöpfung verloren; finanzielle Einbußen sind die Folge. Gleichzeitig entstehen durch die digitalen Technologien, verbunden mit innovativen Geschäftsmodellen und Konzepten, neue Möglichkeiten hinsichtlich der Schaffung, Verbreitung, Verwertung und Öffnung des Kulturbereichs hin zu einem größeren Nutzer*innenkreis.

PAKT DER DIGITALEN KULTURELLEN TEILHABE

Der Bund kann hier Entwicklungsimpulse setzen. Wir werden die Kultureinrichtungen an gigabitfähige Netze anbinden und ihnen digitale Infrastrukturen ermöglichen. Wir werden die Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte fördern, indem wir die Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben und unser kulturelles Erbe sichern und besser zugänglich machen. Wir werden die Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum stärken und digitale Kunstprojekte fördern. Nicht zuletzt werden wir auch die Entwicklung digitaler Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle durch Netzwerke, Beratung und finanzielle Mittel aktiv unterstützen.

BILDUNG

10

Kulturelle Bildung

Teilhabe an Kunst und Kultur ist ein Schlüssel zu Selbstbewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung, Bildung und Integration. Kulturelle Bildung ist daher eine Querschnittsaufgabe zwischen Kulturpolitik, Jugendpolitik und Bildungspolitik.

Wir wollen, dass der Bund sie auch in Zukunft mit Programmen wie „Kultur macht stark“ fördert. Es geht um die Sicherstellung von Verfügbarkeit kultureller Angebote als grundlegender und nachhaltiger Bestandteil von schulischer und außerschulischer Bildung; um deren hohe Qualität von Programmen und Projekten, deren Konzeption und Vermittlung. Kulturelle Bildung will mehr sein als nur Musik- und Kunstunterricht im Fächerkanon. Fächerübergreifend, projektorientiert und mit Blick auf die Schulentwicklung unterrichtet, entwickelt sie insbesondere für Kinder und Jugendliche großes Potenzial.

MEHR ALS MUSIK- UND KUNSTUNTERRICHT

Entlang der Ergebnisse der UNESCO-Weltkonferenzen mit einer „Lissabon Road Map“ in 2006 und einer „Seoul Agenda“ in 2010 sowie der „UNESCO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und der „UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ sollen Prinzipien und Praktiken der kulturellen Bildung verstärkt dazu beitragen, die sozialen Aufgaben und kulturellen Herausforderungen zu bewältigen.

INT
ERN
ATIO
NAL

Internationale Kulturpolitik

Wir wollen daher eine internationale Kulturpolitik, die als gesamtstaatliches Angebot in Kultur, Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft Angebote zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit macht. Eine solche Kulturpolitik versteht Deutschland als einen Teil Europas. Sie soll deswegen sowohl die gesellschaftliche Zusammenarbeit in Europa durch Austausch und Mobilität und gemeinsame Kunst- und Kulturproduktion stärken als auch die gemeinsamen europäischen Werte wie Offenheit, Gleichheit, Freiheit und Humanismus betonen. Hierzu sollen gemeinsame Kulturprojekte und -programme eingebracht werden. Wir werden die Stadt Chemnitz als Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2025 unterstützen.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Bereits bestehende und vitale europäische Kulturnetzwerke, -plattformen und -akteur*innen als Teil einer europäischen Zivilgesellschaft sind Partner*innen staatlichen Handelns in der Kulturpolitik. Nicht zuletzt spiegelt sich ein solches europäisches Verständnis auch im Außenverhältnis Europas wider. Der gemeinsame Auftritt zum Beispiel des Goethe-Instituts und des Institut Français zeigt, wie wir innerhalb Europas gemeinsam mit unseren Werten und den uns gemeinsam herausfordernden Themen wie dem Kolonialismus umgehen können. Solche Beispiele wollen wir ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ihre Verschränkung mit den regionalen Kulturakteur*innen in Deutschland intensivieren. Die von den deutschen Museen gemeinsam mit Bund und Ländern konzipierte Museumsagentur sowie die Anlaufstelle für Kulturgüter aus kolonialem Kontext sind Beispiele, wie Innen und Außen in der Kulturpolitik längst zu zwei Seiten einer Medaille verschmolzen sind, und müssen entsprechend gemeinsam kooperativ gestaltet werden.

ERI
NNE
RU
NG

12

Erinnerungs-kultur

Das Streben nach Freiheit, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist der Sozialdemokratie seit ihrer Entstehung eingeschrieben. Die große Emanzipationsgeschichte der Arbeiterbewegung hat die Demokratie in Deutschland geprägt wie keine andere Kraft: Sie hat die politische und rechtliche Gleichheit und Freiheit der Menschen in Deutschland durchgesetzt und die Selbstentfaltung der Bürger*innen durch den Auf- und Ausbau des Sozialstaats ermöglicht.

Wir setzen uns dafür ein, in neuer Weise für eine solidarische Gesellschaft zu streiten, die die historischen Erfahrungen der alten Arbeiterbewegung in das 21. Jahrhundert übersetzt. Dazu zählt die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Folgen des Kapitalismus. Solidarisch zu sein heißt auch, den Rassismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in allen Formen zu bekämpfen.

Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die Wissen vermittelt und Empathie schafft; die Entwicklungen nachvollziehbar macht und hilft, das Damals und das Heute in all ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit zu verstehen; die zeigt: Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich, sondern wurde über viele Jahrzehnte erstritten und muss heute und zukünftig verteidigt werden. Wir stehen für eine Erinnerungskultur, die keine Geschichtsbilder vorgibt, sondern zur Reflexion, zum Hinterfragen der eigenen und der Anerkennung anderer Perspektiven anregt. Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich intensiv mit dem Zivilisationsbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auseinandergesetzt. Das Erstarken von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus stellt uns jetzt vor neue Herausforderungen.

Wir wollen auch in Zukunft mit der Aufarbeitung allen Tendenzen zum Desinteresse, Verschweigen und Bagatellisieren von Erfahrungen gesellschaftlicher Ausgrenzung, Benachteiligung und Verfolgung in der Gesellschaft generationsübergreifend entgegenwirken. Damit wollen wir auch die Menschen

erreichen, die keinen familiengeschichtlichen Bezug zur Geschichte des NS-Regimes haben, aber durch eigene Migrationsgeschichte Bezüge herstellen können. Aufgrund der stetig abnehmenden Zahl Überlebender des NS-Vernichtungssystems ist es uns Verpflichtung, ihr Erbe und ihr Zeugnis zu bewahren und sichtbar zu machen. Die wissenschaftliche und geschichtsdidaktische Aufbereitung der Zeitzeug*innenberichte und des Quellenmaterials zur NS-Zeit werden wir gezielt fördern.

NS-Verfolgung hat nicht nur in Auschwitz, Dachau und Buchenwald stattgefunden, sondern buchstäblich überall in Europa. Aus diesem Grund ist die Gedenkstättenförderung des Bundes finanziell weiter auszubauen und ihre europäische Vernetzung zu fördern. Wir werden eine Stiftung einrichten, die insbesondere kleine Initiativen und Gedenkorte in die Lage versetzt, Projekte des Gedenkens und Programme der Weiterbildung zu realisieren.

Ohne das Millionen von Opfern hinterlassende NS-Terroregime auf eine Stufe mit dem SED-Unrecht zu stellen: Auch die Geschichte und Nachgeschichte der DDR prägen die innere Verfasstheit der gesamten Bundesrepublik. Ein adäquater Umgang mit diesen Prägungen ist für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung von fundamentaler Bedeutung. Die

Aus der Geschichte zu lernen, heißt auch, Schlüsse auf die aktuellen Gefährdungen unserer Demokratie zu ziehen.

Aufarbeitung der vielfältigen, bis heute nachwirkenden Wertvorstellungen, die in der DDR-Gesellschaft verhandelt, unterdrückt oder forciert wurden, bleibt daher eine zentrale erinnerungskulturelle Aufgabe. Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken, damit auch kleinere Vereine und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur landesweit mehr Unterstützung erhalten. Wir wollen die Projektförderung „Diktaturerfahrung und Transformation“ fortführen. Und wir unterstützen die gemeinsam mit anderen europäischen Staaten am European Green Belt/Iron Curtain voranzutreibende Anmeldung des „Grüne Bandes“, der ehemaligen innerdeutschen Grenze, für das EU-Siegel „Europäisches Kulturerbe“ ebenso wie die sich daran anschließende Initiative des Deutschen Kulturrats und des BUND, das „Grüne Band“ zum UNESCO-Weltkultur- und -naturerbe erklären zu lassen.

Aus der Geschichte zu lernen, heißt auch, Schlüsse auf die aktuellen Gefährdungen unserer Demokratie zu ziehen. Hierzu braucht es verstärkte schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit, mit der Demokratiebildung und demokratische Partizipation gestärkt werden.

KOLONIALES ERBE

Neben der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der DDR-Vergangenheit ist der Umgang mit dem kolonialen Erbe in den zurückliegenden Jahren zu recht zum dritten großen erinnerungskulturellen Thema geworden. Viel zu lange waren die von Deutschen verübten Kolonialverbrechen ein blinder Fleck in unserer Erinnerungskultur. Erst seit wenigen Jahren entsteht ein Bewusstsein für die langen Traditionslinien des Rassismus in unserem Land.

Wir wollen auch bundespolitisch die Entwicklung einer postkolonialen Erinnerungskultur fördern. Zu ihr gehört ein veränderter Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in Museen, der zu Rückgaben an die Herkunftsgesellschaften und zu einer vertieften internationalen Kooperation führt. Wir wollen, dass die Arbeit am Humboldt-Forum in Berlin hier Maßstäbe entwickeln und setzen wird. Wir intensivieren außerdem die Förderung der Provenienzforschung durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste, stärken die Arbeit der gemeinsam mit den Ländern errichteten Kontaktstelle bei der Kulturstiftung der Länder und bauen die über die Museumsagentur geförderte internationale Kooperation aus. Zu ihr gehört die Aufarbeitung und Kontextualisierung kultureller Zeugnisse, wie Denkmäler, Statuen und Straßennamen. Wir werden ein bundesweites Register zu den umstrittenen Kolonialfiguren aufbauen, um die Entscheidungsträger*innen in den Orts-, Bezirks- und Stadträten zu unterstützen. Es geht nicht um die Tilgung von Geschichte, sondern um ein erweitertes Bewusstsein, dass zu einer vielfaltssensibleren und rassismuskritischeren gesellschaftlichen Praxis in der Gegenwart führt.

DEMOKRATIEGESCHICHTE

Wir halten es für notwendig, auch positiv an deutsche Geschichte zu erinnern. Die Erinnerung soll ebenso dezentral sein, wie es das Streben um Demokratie gewesen ist. Herausragende Orte der Demokratiegeschichte Deutschlands wie das Hambacher Schloss, die Frankfurter Paulskirche, die Stätten der Weimarer Republik bis hin zu den Stätten der Friedlichen Revolution wollen wir auf Bundesebene fördern. Wir unterstützen die Initiative des Bundespräsidenten, die Frankfurter Paulskirche zu einer „Erinnerungsstätte für die Demokratie“ umzugestalten.

KU
LT
UR

STÄRKEN

IMPRESSUM
Kulturforum der Sozialdemokratie
Vorsitzender: Dr. Carsten Brosda
c/o ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH
Gewerbehof Bülowbogen
Bülowstraße 66 | Hof D/Eingang D1
10783 Berlin

FOTOS
Olaf Scholz: Maximilian König
Carsten Brosda: Hernandez für Behörde für Kultur und Medien

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001

KULTUR
FORUM
DER SOZIALDEMOKRATIE

kulturforum.spd.de
spd.de